
Heinrich August Winkler

Macht, Moral und Menschenrechte

Über Werte und Interessen in der deutschen Außenpolitik

Ob es um die grausame Verstümmelung von Mädchen in afrikanischen und islamischen Gesellschaften oder um das Unmenschentum der Taliban in Zentralasien geht: Im westlichen Diskurs darüber treffen kulturellrelativistische, pragmatische und menschenrechtsorientierte Argumente aufeinander.

Professor Heinrich August Winkler, Emeritus für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, plädiert im vorliegenden Essay mit Verweis auf den universalen Anspruch des westlichen Menschenrechtsdenkens für eine taktvolle Implementierung westlicher Werte und Interessen im außenpolitischen Handeln und für einen normativ aufgeklärten Realismus.

Die unveräußerlichen Menschenrechte seien eine »Errungenschaft des transatlantischen Westens, und es ist eine Eigenart des Westens, auf der weltweiten Geltung der Menschenrechte zu bestehen«. Die ersten Menschenrechtserklärungen des 18. Jahrhunderts stehen in einer langen Tradition christlicher Säkularität und abendländischer Gewaltenteilung. Im 20. Jahrhundert haben dann die Vereinten Nationen den »normativen Ertrag der atlantischen Revolutionen von 1776 und 1789 in den Rang von Menschheitsnormen erhoben«. Auf diese können sich seitdem Menschenrechtsaktivisten in aller Welt berufen. Vor diesem Hintergrund verbiete es sich, die universelle Geltung der Menschenrechte mit kulturellrelativistischen Argumenten zu bestreiten.

Die Frage sei also nicht, ob der Westen Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte in aller Welt trägt, sondern wie er dieser Verantwortung gerecht werden kann. Mit einer Lossagung von der Selbstverpflichtung auf die Menschenrechte würde der Westen seine Glaubwürdigkeit verlieren. In diesem Sinne haben die Vereinten Nationen 2005 unter dem Begriff »Responsibility to Protect« (R2P) das Prinzip einer recht weit gehenden Schutzverantwortung der Völkergemeinschaft formuliert.

Was bedeutet das nun für die Frage, wie Außenpolitik Beziehungen zu menschenrechtlich defizitären Staaten gestalten soll? Der Einsatz für Menschenrechte in autoritär regierten Staaten ist stets ein diplomatischer Balanceakt, der Versuch, »den besonderen Umständen vor Ort umfassend und taktvoll Rechnung zu tragen und gleichzeitig ... den Schutz der Menschenrechte, zur Geltung zu bringen«.

In: Internationale Politik, Nr. 4, Juli/August 2013, S. 116–127

Die deutsche Skepsis gegenüber dem normativen Universalismus amerikanischer Prägung ist nicht nur eine Reaktion auf die konkrete Außen- und Sicherheitspolitik der USA, sie steht auch in der Tradition eines machtzentrierten realpolitischen Denkens, wie es etwa August Ludwig von Rochau 1853 in »Grundsätze der Realpolitik« formuliert hat. In der Unterschätzung der Wirksamkeit von Ideen unterliegt eine solche »Realpolitik« der Versuchung, »längerfristige Interessen hinter kurzfristigen zurückzustellen«. Dies gilt auch für den stark von deutschen Emigranten geprägten amerikanischen Realismus.

Stabilität ist im Denken der Realpolitik ein zentrales Regulativ. Neben der normativen Lücke in der Frage der Qualität von Ordnung habe das realpolitische Denken in der Unterschätzung von Veränderungskräften und in der Überschätzung der Stabilität autoritärer Regime auch ein empirisches Defizit.

Insgesamt schließe ein unverkürzter Realismus einen normativen Ansatz nicht nur nicht aus, er erfordere ihn geradezu. Ein normativ aufgeklärter Realismus fragt nach Handlungsspielräumen und Alternativen, er sucht die unvoreingenommene Analyse der Motive anderer Akteure und der jeweiligen Kräfteverhältnisse ebenso wie den regulativen ethischen Horizont.

Winklers Plädoyer für die Versöhnung von Respekt, Humanität und Machtpolitik zielt darauf ab, einseitige Ansätze zu positionieren und in ein umfassendes westliches Politikprojekt einzuordnen. Mit der Verklammerung von Macht- und Menschenrechtspolitik gewinnt der Westen im Urteil des Rezensenten nicht nur an Glaubwürdigkeit, sondern auch an kultureller und strategischer Konsistenz. In der konkreten Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik wird ein solcher Ansatz den notwendigen Pragmatismus eher befördern als behindern.

Respekt, Humanität und Machtpolitik nicht als Widerspruch, sondern als ergänzende Stränge okzidentaler Befindlichkeit und Politik zu verstehen kann vielleicht auch helfen, die schmerzliche Identitätskrise im euroamerikanischen Kulturkreis ein wenig zu lindern.

Walter Matyas